

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Behindertenbeauftragte fordern eine inklusive Gesundheitsversorgung

Die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern haben auf ihrer diesjährigen Konferenz in Düsseldorf Forderungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen aufgestellt. In ihrer gemeinsamen Erklärung wiesen die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern darauf hin, dass die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit zehn Jahren in Deutschland in Kraft sei, Menschen mit Behinderungen das Recht auf ein Höchstmaß an Gesundheit zuspreche. Die Beauftragten fordern daher, dass die Qualität der Versorgung von Menschen mit Behinderungen weiter gestärkt und Barrieren in Bezug auf gesundheitliche Einrichtungen und Dienste weiter abgebaut werden. Dabei müsse der Schutz von Selbstbestimmung in gesundheitlichen Angelegenheiten für Menschen mit Behinderungen gestärkt, wie auch der gleichberechtigte Zugang zu einer gesundheitlichen Versorgung in derselben Qualität wie bei jedem anderen Menschen gewährleistet werden. <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/gesundheitsversorgung-von-menschen-mit-behinderungen-weiter-verbessern>

Von wegen Equal Pay Day: Frauen weiterhin schlechter bezahlt als Männer

Laut einer aktuellen Auswertung des Online-Portals Lohnspiegel.de der Hans-Böckler-Stiftung gibt es in Deutschland starke regionale Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern. Die größten Unterschiede bestehen in Süddeutschland, während sie im Osten geringer ausfallen. In Baden-Württemberg verdienen Frauen durchschnittlich 22,7 Prozent weniger als Männer, in Brandenburg hingegen 14,9 Prozent. Für Gesamtdeutschland

beträgt der Wert unverändert 21 Prozent. Für die Auswertung wurden die Angaben von über 300.000 Beschäftigten analysiert. Als Ursachen kommen laut Experten des WSI Gehaltsabstände zwischen den Berufen in Frage. Frauen arbeiteten überdurchschnittlich häufig in vergleichsweise schlecht bezahlten Jobs. So bekämen Verkäuferinnen im Einzelhandel, wo der Frauenanteil bei 66 Prozent liegt, bei 38 Wochenstunden im Schnitt ein Monatsgehalt von 1991 Euro. Erzieherinnen verdienen bei einem Frauenanteil von 75 Prozent 2.701 Euro. In den technischen Berufen werde mehr bezahlt, wo der Männeranteil in der Regel über 90 Prozent liege. Daher wiesen wirtschaftlich starke Länder wie Baden-Württemberg oder Bayern so große Lohnlücken zwischen den Geschlechtern auf. Das verarbeitende Gewerbe, wie die Automobilindustrie, sei in beiden Ländern stark verankert und biete gut bezahlte Jobs – in denen überwiegend Männer arbeiteten.

Der Politik empfehlen die Experten, den Ausbau der Kinderbetreuung voranzubringen sowie die partnerschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weiter zu fördern, etwa durch eine Verlängerung der Partnermonate bei der Elternzeit. Auch das Ehegattensplitting, das für verheiratete Frauen den Fehlanreiz schaffe, auf eine Vollzeitstelle zu verzichten, sollte überdacht werden. https://www.boeckler.de/118991_119002.htm#

Gezielte Förderung von Sozialunternehmern

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag die Bundesregierung zu einer gezielten Förderung von Sozialunternehmen auf. Die Abgeordneten erwarten von der Bundesregierung, dass sie eine soziale Innovationsstrategie erarbeitet, die die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen bündelt. Die Verantwortung für diesen Bereich müsse dem Antrag zufolge im Bundes-

wirtschaftsministerium liegen und ein Staatssekretär mit der Koordination und Kommunikation betraut werden. Darüber hinaus brauche es nach Ansicht der Abgeordneten zielgruppenspezifische Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Zur Begründung verweisen die Politiker auf den Koalitionsvertrag: zwar habe die Bundesregierung im Koalitionsvertrag die Bedeutung von Social Entrepreneurs festgehalten. Bislang sei allerdings versäumt worden, die Branche angemessen zu fördern. www.bundestag.de

Inklusives Wahlrecht

Zum 1. Juli diesen Jahres werden die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen aufgehoben. »Endlich werden die Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderung im Europa- und im Bundeswahlgesetz ersatzlos gestrichen. Dieser Schritt war überfällig. Für die betroffenen Menschen ist dies eine gute und wichtige Entscheidung«, sagte Caritas-Präsident Peter Neher. Der Deutsche Caritasverband (DCV) und sein Fachverband Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie e.V. (CBP) fordern bereits seit langer Zeit, Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderung unter Vollbetreuung und Menschen im Maßregelvollzug aufzuheben. »Schon viel zu lang können Menschen mit Behinderung und Menschen, die im Zustand der Schuldunfähigkeit eine Straftat begangen haben und deswegen in der Psychiatrie untergebracht sind, ihr Menschenrecht auf Teilhabe an der Wahl nicht wahrnehmen«, sagte Johannes Magin, Vorsitzender des CBP. Daher sei es neben dem freien Weg für ein inklusives Wahlrecht zudem zu begrüßen, dass die Wahlrechtsassistenz für Menschen mit Behinderung mit dem Gesetzentwurf ebenfalls geregelt werden soll. <https://www.caritas.de/fuerprofis/presse/pressemitteilungen/weg-frei-fuer-ein-inklusive-wahlrecht-7ae9c0ff-f2ea-49f1-a0f3-a6f8b1ecc414>

Termine



Fachtagung Übergangsmanagement, DBH, Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik 24.-25.6.2019 in Frankfurt am Main. <https://www.dbh-online.de/bildungswerk/fachtagung/fachtagung-uebergangsmanagement>

Altenheim EXPO 2019 25.-26.6.2019 in Berlin. <http://www.altenheim-expo.net/>

Caritas – Charity – Philanthropie – Corporate Citizenship 27.-29.6.2019 in Mettingen. <https://www.hsozkult.de/event/id/termine-37782>

Mit uns ist zu rechnen! Selbst-Vertreter stärken sich 29.-31.8.2019 in Leipzig. <https://www.inform-lebenshilfe.de/>

»Sag, wie hast du's mit der Kriminologie?« – Die Kriminologie im Gespräch mit ihren Nachbardisziplinen 5.-7.9.2019 in Wien. https://strafrecht.univie.ac.at/aktuelles/einzeldarstellung/news/16-wissenschaftliche-tagung-der-kriminologischen-gesellschaft-krim/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=bb9338bf0398563e35ae332c0e1f45ec

IFSW Europa Konferenz: Sozialschutz und Menschenwürde 8.-11. 9.2019 in Wien. <https://www.ifsw.org/event/ifsw-europe-conference-social-protection-and-human-dignity/>

10 Jahre UN-BRK – Arbeit 11.9.2019 in Berlin. https://www.berlin.de/land/kalender/index.php?detail=123602&ls=0&c=153&stichwort=brk&date_start=11.09.2019

Fachtag: Mehrfamilienarbeit ... zwischen Bildung und Jugendhilfe 12.9.2019 in Dresden. <https://drefugio.de/aktuelles/fachtag-mfa-dresden-2019/>

Lernwelten 2019 – Pflege- und Gesundheitspädagogik 12.-13.9.2019 in Klagenfurt. <https://pflege-professionell.at/event/lernwelten-2019>

Deutscher Suchtkongress 16.-18.9.2019 in Mainz. <http://www.dg-sucht.de/tagungen/kongresse/>

ÖFEB Kongress 2019: Vermessen? Zum Verhältnis von Bildungsforschung, Bildungspolitik und Bildungspraxis 17.9.-20.09.2019 in Linz. <https://ph-ooe.at/oefeb-kongress>

Update oder Setup? ASD in gesellschaftlichen Umbrüchen 18.-20.9.2019 in Bielefeld. <https://www.deutscher-verein.de/de/veranstaltungen-2019-asd-bundeskongress-2019-update-oder-setup63-asd-in-gesellschaftlichen-umbruechen-3476,1528,1000.html>

Wissenschaftliche Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF) 19.-21.9.2019 in Hamburg. <http://www.dgsf-tagung-2019.de/>

Bundestagung Inobhutnahme 20.09.2019 in Erkner. https://www.igfh.de/cms/buta_inobhutnahme_2019

Workshop des Netzwerks Rekonstruktive Soziale Arbeit 20.-22.9.2019 in Frankfurt. http://www.nwrsa.de/?page_id=15

Fachtagung Management in der Suchttherapie 25.-26.09.2019 in Kassel. <https://suchthilfe.de/veranstaltung/termine.php>

Dialogpartner Technik? – Werkstattgespräch »Brennpunkte schulischer und außerschulischer Erziehungshilfe« 27.9.2019 in Hannover. <https://www.ifs.phil.uni-hannover.de/>

5. Brandenburgischer Erziehungshilfetag 30.9.-1.10.2019 in Erkner. <http://www.beteiligung-hze.de/aktuelles/termine/5-brandenburgischer-erziehungshilfetag-30092019/>

www.beteiligung-hze.de/aktuelles/termine/5-brandenburgischer-erziehungshilfetag-30092019/

DHS Fachkonferenz – #Sucht #Digital 09.-11.10.2019 in Augsburg. <https://www.dhs.de/start/startmeldung-single/article/58-dhs-fachkonferenz-sucht-vom-09-111019-in-augsburg.html>

Bundeskongress Schulsozialarbeit 10.-11.10.2019 in Jena. http://kv-schulsozialarbeit.de/html/body_bundeskongress_2019.html

Invest in Future 15.-16.10.2019 in Stuttgart. <https://www.invest-in-future.de/>

Con Sozial 2019 6.-7.11.2019 in Nürnberg. <https://www.consozial.de/>

7. Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Geschlechterforschung 7.11.-9.11.2019 in Innsbruck. <https://www.uibk.ac.at/events/2019/11/07/7-jahrestagung-der-oesterreichischen-gesellschaft-fuer>

36. Internationaler Kongress für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin – Sicherheit, Gesundheit, Ergonomie 5.-08.11.2019 in Düsseldorf. <https://www.aplusa.de/>

Gesundheit für alle?! Benachteiligungen erkennen – Handlungsspielräume nutzen 14.-15.11.2019 in Kassel. <https://dvsg.org/aktuelles/news/r/10/artikel/dvsg-bundeskongress-2019-gesundheit-fuer-alle-benachteiligungen-erkennen-handlungsspielraeume-nutzen/>

»Engagiert, dabei und anerkannt?! – (Junge) islamische Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe« 14.-15.11.2019 in Berlin. <https://www.agj.de/subnavigation/infos-kontakt/termine.html>

6. Fachtag Sozialmanagement 28.11.2019 in Münster. https://www.fh-muenster.de/sw/studiengaenge/fachtag_sozialmanagement.php

Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderung

Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung in einem Antrag auf, dass

Recht von Menschen mit Behinderungen auf eine selbstbestimmte Lebensführung zu stärken. Die Bundesregierung solle unter Beteiligung von behinderten Menschen Maßnahmen ergreifen, um dieses Recht zu gewährleisten. Nach Ansicht der

Abgeordneten müsse ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der alle diskriminierenden Vorschriften in den Sozialgesetzbüchern abschafft, Sanktionen für den Fall der nicht Einhaltung enthält und die Einführung einer rechtlichen Assistenz

im Zivilrecht beinhaltet, welche eine rechtliche Betreuung überflüssig mache und für die Beseitigung der Hürden in der politischen Partizipation sorgt. Des Weiteren solle im Bundesteilhabegesetz ein uneingeschränktes Wunsch- und Wahlrecht im Hinblick auf die Unterstützungsleistungen und den Ort ihrer Erbringung eingeführt werden.

www.bundestag.de

Vermehrte Einstellung ausländischer Pflegekräfte in deutschen Einrichtungen

Im Jahr 2017 kamen rund 8.800 Pflegekräfte aus dem Ausland nach Deutschland. Damit hat sich die Zahl der Fachkräfte, die jährlich nach Deutschland kommen, versechsfacht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universität Frankfurt und der Hans-Böckler Stiftung. Die zugewanderten Pflegekräfte stammen aus ost- und südeuropäischen Staaten außerhalb der EU oder von den Philippinen. Anhand von rund 60 Interviews haben die WissenschaftlerInnen untersucht, wie die Zusammenarbeit in Kliniken und Pflegeeinrichtungen funktioniert. Dabei wurden neben den eingewanderten Pflegerinnen und Pflegern, auch einheimische Pflegefachkräfte und Vorgesetzte sowie Arbeitgebervertreter, Vermittler und Migrationsexperten befragt. Laut der Studie kommt es zwischen neu zugewanderten und etablierten Fachkräften häufig zu Konflikten. Daher stehen die Leitungen von Kliniken und Pflegeeinrichtungen vor der Aufgabe, für mehr fachlichen Austausch und gegenseitiges Verständnis zu sorgen. In der Politik gilt das Anwerben von Pflegekräften im Ausland als Mittel gegen die großen Personallücken in Deutschland. Die Neueinstellungen sind oftmals das Ergebnis gezielter Anwerbeaktionen: So haben sich in den Herkunftsländern professionelle Agenturen auf die Vermittlung von Gesundheitspersonal spezialisiert, das mit Sprachkursen auf die Arbeit in Deutschland vorbereitet wird.

https://www.boeckler.de/118991_118998.htm

Anstieg der Gesundheitsausgaben in Deutschland

Laut Statistischem Bundesamt sind die Gesundheitsausgaben in Deutschland um 4,7 % beziehungsweise um 16,9 Milliarden Euro gegenüber dem

Vorjahr angestiegen. Denn 2017 beliefen sich die Gesundheitsausgaben auf 375,6 Milliarden und überschritten damit erstmals die Marke von einer Milliarde Euro pro Tag. Für das Jahr 2018 schätzt das Statistische Bundesamt einen weiteren Anstieg auf 387,2 Milliarden Euro. Die soziale Pflegeversicherung hat 2017 mit plus 26,4 % den stärksten Zuwachs aller Ausgabenträger verzeichnet. Dieser starke Anstieg ist laut Bundesamt auf das dritte Pflegestärkungsgesetz zurückzuführen, das am 1. Januar 2017 in Kraft trat.

In Deutschland werden die Gesundheitsausgaben hauptsächlich von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und durch staatliche Transfers finanziert. Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierten 2017 durch Sozialversicherungsbeiträge knapp die Hälfte der laufenden Gesundheitsausgaben. Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer betrugen 93,2 Milliarden Euro, die der Arbeitgeber 86,8 Milliarden Euro.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/03/PD19_109_23611.html

Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung

Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf über die »Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung« sollen besondere Fallgruppen der Duldungen neu zu strukturiert werden. Davon betroffen sind laut Entwurf vor allem langfristige Duldungen aus persönlichen Gründen, die einen rechtssicheren Aufenthalt ermöglichen und eine Bleibeperspektive aufzeigen. Dazu gehören Ausländer, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen (Ausbildungsduldung) oder durch eine »nachhaltige Beschäftigung ihren Lebensunterhalt selbst sichern und gut integriert sind (Beschäftigungsduldung)«. Gleichzeitig werden mit dem Gesetzentwurf Vorgaben des Koalitionsvertrages zur Ausweitung der Ausbildungsduldung auf Helferausbildungen und zu ihrer bundesweit einheitlichen Anwendung umgesetzt. In Deutschland wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von Asylanträgen gestellt, die nach kurzer Verfahrensdauer beschieden werden. Infolgedessen habe sich laut Bundesregierung auch die Zahl der rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber erhöht, die ausreisepflichtig sind, aber aus tatsächlichen, rechtlichen, dringenden humani-

tären oder persönlichen Gründen eine Duldung erhalten hätten.

www.bundestag.de

Gegen Zentralismus: NRW und Bayern wollen mehr Föderalismus im Gesundheitswesen

Nordrhein-Westfalen und Bayern wollen mehr Föderalismus im Gesundheitswesen. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte, dass die Versorgung bei den Menschen vor Ort stattfinden und es daher mehr Spielräume für die Vertragspartner vor Ort geben müsse.

Auch Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann sagte, dass er eine weitere Zentralisierung im Gesundheitswesen ablehne und deshalb gemeinsam mit Bayern von der Bundesregierung den Erhalt der regionalen Gliederung der landesunmittelbaren Ortskrankenkassen fordere. Ansonsten sehe er eine Gefahr für die flächendeckende Versorgung.

Des Weiteren bestehen beide Gesundheitsminister auf mehr Transparenz und Gerechtigkeit im Wettbewerb der Krankenkassen untereinander und verlangen die umgehende Einführung eines Regionalfaktors im Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung (Morbi-RSA) – eingebettet in eine Gesamtreform der Kassenfinanzierung. Nach den bisherigen Zeitplanungen des Bundesgesundheitsministeriums soll dazu im Frühjahr 2019 ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

<https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-und-bayern-fordern-mehr-foederalismus-im-gesundheitswesen>

Mehr Unterstützung für kommunale Flüchtlingsaufnahme

Die Fraktion Die Linke fordert die Bundesregierung auf, »kommunale Initiativen für die Aufnahme von Geflüchteten« zu unterstützen, in dem sie ihr politisches Einverständnis für entsprechende Aufnahmevereinbarungen der Länder nach Paragraph 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes erkläre. Außerdem solle sie einen Gesetzentwurf vorlegen, »mit dem Städten und Kommunen die Möglichkeit eröffnet wird, Geflüchtete eigenverantwortlich aufzunehmen«, so der Fraktionsantrag.

Die Fraktion begründet ihren Antrag damit, dass es in Deutschland viele Kom-

Kennzahlen

46,2 %

Anzahl der in der Privatwirtschaft Beschäftigten, die im Jahr 2017 in Deutschland durch Arbeitnehmervertretungen repräsentiert wurden.

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/_Doorpage/Indikatoren_QualitaetDerArbeit.html?cms_gtp=318944_slot%253D5)

91,0 %

Anteil der durch Personalräte vertretenen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Deutschland 2017.

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/_Doorpage/Indikatoren_QualitaetDerArbeit.html?cms_gtp=318944_slot%253D5)

49,2 %

Anzahl der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den alten Bundesländern 2017, deren Arbeitsverhältnis durch einen Branchentarif geregelt wurde.

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/_Doorpage/Indikatoren_QualitaetDerArbeit.html?cms_gtp=318944_slot%253D5)

3,2

Anzahl der Arbeitstage, die 2017 in Deutschland je 1000 Beschäftigte durchschnittlich durch Streiks ausfielen.

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/_Doorpage/Indikatoren_QualitaetDerArbeit.html?cms_gtp=318944_slot%253D5)

66%

Anzahl der Arbeitnehmer im Alter von 15 Jahren und älter, die 2015 angaben, dass von ihren Kolleginnen und Kollegen unterstützt zu werden.

(<https://netzpolitik.org/2018/was-der-bevoelkerung-am-herzen-liegt-amnesty-umfrage-zu-70-jahre-menschenrechte/>)

16%

Anteil der Menschen, die 2015 angaben, am Arbeitsplatz belästigt oder bedroht worden zu sein.

(https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/_Doorpage/Indikatoren_QualitaetDerArbeit.html?cms_gtp=318944_slot%253D7)

munen gebe, die sich aktiv als sichere Zufluchtsorte für Geflüchtete angeboten haben, wie Osnabrück, Bielefeld, Marburg, Greifswald und Nürnberg. Die Fraktion Die Linke weist in ihrem Antrag darauf hin, dass es bislang keine eigenständige Rechtsgrundlage für eine aktive Flüchtlingsaufnahme auf kommunaler Ebene gebe. Somit seien die Städte auf die Landesaufnahmegelungen nach Paragraph 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes angewiesen, wobei dies im »Einvernehmen« mit dem Bundesinnenministerium erfolgen müsse, oder auf dessen Anordnung zur Neuansiedlung nach Paragraph 23 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes.

www.bundestag.de

Paritätischer kritisiert Reform des Asylbewerberleistungsgesetz als Mogelpackung

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert den vorliegenden Entwurf zur Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes. Nach Ansicht des Verbands finde keine Anpassung der Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums an den tatsächlichen Bedarf und die aktuelle Preisentwicklung statt, im Gegenteil, durch statistische Tricks würden die Beträge künstlich klein gerechnet. Der Verband fordert die politische Anerkennung eines einheitlichen Existenzminimums für alle in Deutschland lebenden Menschen. Die Regelsätze und die Geldbeträge seien seit Jahren nicht mehr annähernd bedarfsdeckend. Auch wären die niedrigeren Regelsätze bei Asylbewerbern im Vergleich zu Hartz IV-Beziehenden eine klare Diskriminierung von Flüchtlingen.

Positiv hingegen bewertet der Verband die Unterstützung von Asylbewerbern in Ausbildung oder die Honorierung ehrenamtlichen Engagements.

<https://www.der-paritaetische.de/presse/mogelpackung-asylbewerberleistungsgesetz-scharfe-kritik-des-paritaetischen-an-reformplaenen/>

Mehr Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige

Die Bundesregierung will den Sozialschutz von Arbeitnehmern und Selbständigen besser schützen. Daher hat sie einen Gesetzentwurf zu einer Empfehlung des Rates für einen besseren Zugang

zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige vorgelegt. Der Vorschlag soll vor allem dem Grundsatz 12 der Europäischen Säule sozialer Rechte dienen, wonach alle Arbeitnehmer, unabhängig von der Art und Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses, aber auch Selbständige, das Recht auf angemessenen Sozialschutz haben. Die aktuelle Ratsempfehlung ist rechtlich nicht bindend und für Deutschland ergibt sich daraus keine Handlungsverpflichtung. Der Gesetzentwurf schafft jedoch die Grundlage dafür, dass der deutsche Vertreter im Rat dem Vorschlag des Rates zustimmen darf.

www.bundestag.de

Grüne fordern Pflege-Bürgerversicherung

Für eine gerechte und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversorgung fordert die Grünen-Fraktion die Einführung einer Bürgerversicherung. Laut dem Antrag der Grünen, helfe eine solidarische

Pflege-Bürgerversicherung dabei, den demografischen Wandel zu bewältigen und ermögliche überfällige Leistungsverbesserungen wie wohnortnahe Pflegekonzepte und angemessene Personalstandards.

Es müsse einen vollständigen Kostenausgleich zwischen beiden Zweigen der Pflegeversicherung geben, um die höheren Risiken im sozialen Zweig auszugleichen. Auch sollten einheitliche, einkommensabhängige Beiträge vorgesehen werden. Im Antrag fordern die Grünen, dass Kinder kostenlos versichert werden und nicht erwerbstätige Ehepartner, die Angehörige pflegen oder Kinder erziehen, keine Beiträge zahlen.

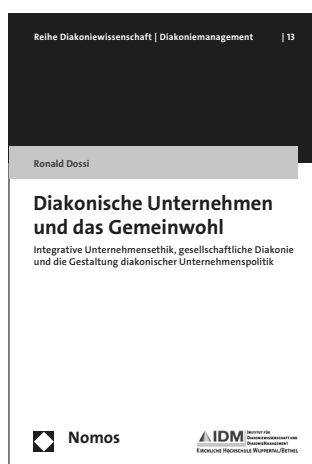
www.bundestag.de

Stromsparen mit der Caritas: Beratungsangebot reduziert Energiekosten und CO2-Emissionen

Die Caritas und der Bundesverband der Energie- und Klimaschutzagenturen

Deutschlands bieten Haushalten mit geringem Einkommen seit über zehn Jahren eine individuelle Energiesparberatung an. Mehr als 800.000 Menschen in rund 150 Städten und Gemeinden haben so ihr knappes Budget und das Klima entlasten können. Mit neuen Aktionen zum Projekt »Stromspar-Check Aktiv« wird das Thema Klimaschutz alltagstauglich gemacht und der Klimaschutz zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Seit 2008 haben die Stromsparhelferinnen und Stromsparhelfer etwa 320.000 Haushalte zum Strom- und Wasserverbrauch sowie zum Heizen und Lüften beraten und kostenfreie Energiesparartikel im Gesamtwert von 20 Millionen Euro installiert. Die CO2-Reduktion summiert sich laut Angaben von Caritas und Klimaschutzagenturen auf rund 550.000 Tonnen. Die Kosteneinsparungen pro Haushalt liegen zwischen 100 und 250 Euro pro Jahr. Wer Strom sparen und energieeffizienter leben will, kann sich unter www.stromspar-check.de informieren.

Diakonische Unternehmenspolitik zeitgemäß und glaubwürdig gestalten



Diakonische Unternehmen und das Gemeinwohl

Integrative Unternehmensethik, gesellschaftliche Diakonie
und die Gestaltung diakonischer Unternehmenspolitik

Von Dr. Ronald Dossi

2019, 264 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-5662-9

(Reihe Diakoniewissenschaft | Diakonienmanagement, Bd. 13)

nomos-shop.de/40923

Die Studie bestimmt das Verhältnis diakonischer Unternehmen zu Gesellschaft, Staat und Kirche christlich-theologisch und bleibt dabei zeitgemäß und glaubwürdig. Der Autor unternimmt eine Verhältnisbestimmung und entwickelt Geschäftsprinzipien für eine gesellschaftsdiakonische Unternehmenspolitik.

 www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter (+49) 7221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos